

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 20

Rubrik: Brief und Antwort. 10 Punkte zum Jumbo-Abschluss

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brief und Antwort

10 Punkte zum Jumbo-Abschuss

Sehr geehrter Herr Dr. Sager,

Ihr Inserat in der «Basler Zeitung» vom 10. September (Es handelt sich um den gleichen Text, den wir in der letzten ZB-Nummer veröffentlicht haben, Anm.) veranlasst mich, Sie um die Beantwortung einiger Fragen zu bitten, die sich mir bei der Lektüre Ihres Textes gestellt haben.

1. Der europäische Pilotenverband wirft laut Radiomeldung von heute abend, 13. September, nicht nur den Sowjets, sondern auch den Amerikanern und den Japanern vor, das koreanische Flugzeug nicht über seinen falschen Kurs informiert zu haben. Was sagen Sie zu diesem schweren Vorwurf gegen die USA und Japan?

2. Inwiefern unterscheidet sich unser Land vom russischen Verhalten, wenn wir beachten, dass bei uns Polizei und Militär auch angewiesen sind, auf Verdächtige in Schutzzonen oder auch sonst zu schiessen?

3. Inwiefern ist der Begriff «westliche Nachrüstung» zulässig, wenn man in Betracht zieht, dass alle neuartigen Waffen und Waffensysteme seit 1945 jeweils 2 bis 8 Jahre vor den Russen durch die Amerikaner erfunden und realisiert wurden?

4. Wie stellen Sie sich zu dem Argument, wenn die UdSSR in Kuba keine vor der Nase der USA liegenden Raketenstellungen bauen dürfe, so müsse im Gegenrecht die USA auf die Stationierung solcher Waffen vor der Nase der UdSSR verzichten?

5. Bestehen Zahlen über Tote und Verletzte bei militärischen Verwicklungen seit 1945? Haben die Russen tatsächlich seit 1945 mehr Tote und Verwundete auf Kriegsschauplätzen verursacht als die freie Welt?

6. Bestehen mehr russische Stützpunkte militärischer Art rund um die USA als amerikanische rund um die UdSSR? Wenn ja, wie lautet das Zahlenverhältnis?

7. Wie stellen Sie sich zu der Tatsache, dass in unserem Land von Polizeikräften Augen ungeschuldiger Menschen durch Gummigeschosse

verheert wurden? Würde man solche Meldungen nicht in erster Linie aus der UdSSR vermuten?

8. Was halten Sie von den Interventionen der USA in Mittel- und Südamerika? Inwiefern unterscheiden sie sich von russischen Interventionen in der Tschechoslowakei, Afghanistan usw.?

9. Halten Sie die oft gehörte Meinung, durch Verbesserung der sozialen Zustände werde der Kommunismus auf die Dauer wirksamer bekämpft bzw. ferngehalten als durch Aufrüstungen, für völlig falsch?

10. Besteht nicht zwischen Ihrer Aussage, die Russen könnten einen Angriffskrieg nicht gewinnen, und der Behauptung, die Russen seien militärisch überlegen, beides in Ihrem Inserat gleichzeitig enthalten, nicht ein Widerspruch?

Ich danke Ihnen für Ihre Bemühungen, meine Fragen sachlich zu beantworten, recht herzlich.

Dr. J. Ae. in R.

Sehr geehrter Herr Dr. Ae.,

Zu Ihren Fragen, aufgeworfen in Ihrem Brief vom 13. September, nehme ich gerne wie folgt Stellung.

1.

Der Vorwurf kann erst nach genauer Untersuchung erhoben werden, sofern die Abklärung überhaupt noch möglich ist. Es scheint festzustehen, dass Verkehrsflugzeuge auf der Nordpazifikroute, wenn sie den Wirkungsbereich der Radarstation von Anchorage auf der Höhe der Insel Kodiak verlassen, erst 3500 km weiter vor der Küste von Hokkaido vom Kontrollturm in Tokio wieder erfasst werden. Dazwischen gibt es keinen Radarkontakt. Offenbar bestanden Schwierigkeiten im Funkkontakt. Fehler im Bordsystem mögen die Besatzung dazu verführt haben, von der Richtigkeit ihres Kurses überzeugt gewesen zu sein. Diesfalls hätten Warnungen kaum etwas gefruchtet.

Aber nun zur Hauptsache in diesem Punkt: Wenn der von Ihnen erwähnte Vorwurf zu Recht erhoben wird (was noch keineswegs sicher ist), bezieht er sich auf eine schwere Unterlassungsschuld. Die Schuld jedoch, einen Bedrohten nicht vor dem Mörder gewarnt zu haben, ist in nichts vergleichbar mit der Schuld des vorsätzlichen Mörders.

Wenn es vor dem Zweiten Weltkrieg ein Jude im Ausland unterlassen hat, seine im Nazireich lebenden Angehörigen zu warnen, so ist das überhaupt kein Gesichtspunkt, der sich zum Tatbestand der Nazi-Massenmorde an Juden ins Feld führen lässt.

Schliesslich: der von Ihnen genannte Vorwurf impliziert nur *dann* eine Mitschuld am Tode der Passagiere, wenn die sowjetische Bereitschaft zum Massenmord an Zivilisten als einsichtig unterstellt wird. Fordern Sie für den Westen diese Einsicht über das Sowjetsystem?

2.

Der Befehl in unserem Land, auf Verdächtige in Schutzzonen zu schiessen, kann in keiner Weise mit dem Abschuss des südkoreanischen Verkehrsflugzeuges verglichen werden. Dem Schiessbefehl hierzulande kommt eine wichtige abschreckende Wirkung zu. Jeder Wachsoldat kennt die strengen Bedingungen, die an die Ausführung des Befehls gekettet sind: vorangegangene, unmissverständliche und erfolgreiche Warnung, Ausschöpfung aller andern Mittel, Schussabgabe also erst dann, wenn sie als verhältnismässig und notwendig gerechtfertigt werden kann – und falls der Beweis nicht angetreten werden kann, wird der Verantwortliche streng bestraft. Es ist ein Ding, einen Schiessbefehl generell zu erteilen, und ein anderes, ihn konkret auszuführen – und 269 Menschen zu ermorden.

3.

Der Begriff der «westlichen Nachrüstung» ist nicht nur zulässig, sondern angebracht.

Das amerikanische Atomwaffen-Monopol bestand seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Einsatz der beiden Atombomben in Japan half mit, diesen Weltkrieg zu verkürzen. Nach Abschluss des Waffenstillstandes haben die Westmächte glaubwürdig abgerüstet, die UdSSR jedoch nachweislich nicht. Sie errangen im Gegenteil auf der konventionellen Ebene das Übergewicht. Dieses zwang den Westen nur dank des nuklearen Vorteils nicht zur Erhaltung des konventionellen Gleichgewichtes.

Als die Sowjetunion anfangs der 50er Jahre das Atombomben-Monopol durchbrach, musste der Westen technologische Neuerungen suchen. Vor etwa 15 Jahren ist der Sowjetunion der entscheidende Schritt zur militärischen Überlegenheit gelungen. Die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Raketen ist objektiv stärker als die Bedrohung der UdSSR durch westliche Raketen. Mehrfachsprengköpfe beispielsweise wurden von der UdSSR als erste in Produktion gegeben.

Bevor diese Tatsachen gegen Ende 1977 den westlichen Völkern bewusst wurden, hat die sowjetische Propaganda darauf gepocht, dass das



Der nichtgenannte sowjetische Kampfpilot, der den koreanischen Jumbo abgeschossen hat, trat am 11. September in der abendlichen Informationsendung «Wremja» (die Zeit) am Moskauer Fernsehen auf. Zeit-Bild-Zeichnung nach der Wiedergabe in «Politika», Belgrad, 12. 9. 1983.

sozialistische Lager militärisch überlegen sei. Erst seit dem Nachrüstungsbeschluss behauptet die UdSSR, das «Gleichgewicht» dürfe durch westliche Nachrüstung nicht gestört werden; im Klartext: die sowjetische Überlegenheit soll gewahrt bleiben.

4.

Die Sowjetführung verfolgt im Gegensatz zur defensiven Politik des Westens aggressive Ziele. Der Westen hat nie mit der seinerzeitigen militärischen Überlegenheit gedroht oder mit dem Hinweis darauf politische Konzessionen zu erpressen versucht, nicht einmal im Februar 1948, als die Kommunistische Partei in der CSSR durch einen Staatsstreich die Macht übernahm (die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol), als sowjetische Soldaten den Arbeiteraufstand in der DDR 1953 niederwalzten, als sowjetische Truppen 1956 in Ungarn widerrechtlich eindringen. Die Sowjetunion hat jedoch seit 1945 ihr Herrschaftsgebiet ständig ausgeweitet und plakatiert den Willen, die ganze Welt zu beherrschen. Deshalb war die Stationierung von Raketen auf Kuba als offensive Handlung nicht gleichzustellen mit westlichen Stützpunkten, die ausschliesslich und nachweislich defensive Aufgaben zu erfüllen haben.

5.

Falls es solche Zahlen gibt, sind sie mir nicht bekannt. Zweifellos aber hat Moskau mehr Tote und Verwundete auf Kriegsschauplätzen seit 1945 zu verantworten als der Westen, zumal Tote und Verwundete dem Angreifer und nicht dem Verteidiger anzulasten sind. Die wichtigsten Kriegsschauplätze seit Abschluss des Zweiten Weltkrieges sind Korea, Nigeria (Biafra), Jemen, Südostasien (Malaja, Vietnam, Laos und Kambodscha), Angola, Zaire, Somalia-Äthiopien (sowie Äthiopien gegen Eritrea und Tigre), Irak-Iran, Afghanistan, Tschad, und Falkland, ferner die verschiedenen Konflikte um Israel.

Die Kriege in Korea, Jemen, Malaja, Vietnam, Laos, Kambodscha, Angola, Äthiopien, Zaire, Afghanistan und Tschad sind eindeutig Moskau oder dessen Stellvertretern anzulasten. An den Kriegen in Nigeria, Somalia-Äthiopien und Irak-Iran (beidseitig mit sowjetischen Waffen ausgestattet, wie übrigens die Sowjetunion der grösste Waffenlieferant an Entwicklungsländer ist), ist der Westen nicht schuld, auch nicht am Falkland-Krieg, der von Argentinien ausgelöst wurde, das zuvor eine Annäherung an die Sowjetunion vorgenommen hatte. An den Israel-Konflikten trägt der Westen mit Ausnahme des Krieges von 1956 (Grossbritannien und Frankreich, nicht etwa die

USA) ebenfalls keine Verantwortung. Vielmehr ist es inzwischen so, dass die UdSSR eine Befriedung der Region nicht zulässt (Syrien und Libyen).

Wir könnten einen Schritt vor 1945 zurückgehen. Ohne den Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 hätte Nazideutschland aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gewagt, den militärischen Krieg auszulösen. Wenn dadurch die Hauptverantwortung Hitlers nicht geschmälert wird, so steht doch eine sowjetische Mitverantwortung am Zweiten Weltkrieg fest.

6.

Es bestehen glücklicherweise und vorderhand noch mehr amerikanische Stützpunkte um die UdSSR als sowjetische um die USA, ansonsten wäre Westeuropa vermutlich schon unter sowjetische Herrschaft gefallen. Das genaue Verhältnis ist mir allerdings nicht bekannt.

7.

Jugendkrawalle und Terrorismus haben zu einer primären Gewaltanwendung geführt, der gegenüber die Polizei zu einer sekundären Gewaltanwendung aus verfassungsrechtlichem Auftrag verpflichtet ist. Würde sie ihn nicht wahrnehmen, so fielen wir auf direktem Weg ins Faustrecht zurück. Sie schreiben von «unschuldigen Menschen», deren Augen durch Gummigeschosse der Polizeikräfte verheert worden seien. Wie unschuldig sind denn Jugendliche, die randalieren, Fenster einschlagen, Sachwerte beschädigen, Menschen bedrohen, kurz eben primäre Gewalt anwenden? Sie haben sich nicht nur wissentlich einigen Gefahren ausgesetzt, sondern diese willentlich provoziert.

In der Sowjetunion und in ihren Satellitenstaaten werden Demonstrationsversuche schon im Keim erstickt. Zwar steht in Art. 50, Abs. 1 der geltenden Sowjetverfassung: «In Übereinstimmung mit den Interessen des Volkes und zur Festigung und Entwicklung der sozialistischen Ordnung wird den Bürgern der UdSSR die Redefreiheit, die Pressefreiheit, Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit, die Freiheit zur Durchführung von Strassenumzügen und Demonstrationen garantiert.» Aber da die «Interessen des Volkes» ausschliesslich durch das Politbüro definiert werden, stellt auch dieser Artikel eine blosse Augenwischerei dar. Eine hier völlig unbekannte präventive Wirkung üben Zwangsarbeitslager aus, in die schon bloss Andersdenkende eingeliefert werden, von «Andershandelnden» nicht zu reden. Kein Wunder daher, dass man von Polizeieinsätzen in Osteuropa wenig erfährt (gegenwärtig allerdings mit der Ausnahme Polens). Immerhin gibt es solche Einsätze, bei denen jedoch Kugeln statt Gummigeschosse verwendet werden; nur gibt es keine freie Presse, die darüber berichten darf.

8.

Der entscheidende Unterschied zu ähnlich scheinenden Aktionen der UdSSR besteht darin, dass die USA in San Salvador – wie übrigens zuvor in Korea und Vietnam – auf ein Hilfsgesuch einer legalen, von der Volksmehrheit getragenen Regierung intervenierten, um dem Volk das Selbst-

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 412775

... Steiger druckt's

bestimmungsrecht zu wahren. Noch etwas früher haben die USA mit vergleichbaren Interventionen Westeuropa zweimal gerettet. Die Hilfe wird in Ländern geleistet, die von Guerillakämpfern bedroht sind, welche von Moskau unterstützt werden. Wo solche amerikanische Hilfe scheiterte, wie in Vietnam, hat sich die Tragik der kommunistischen Machtübernahme am Flüchtlingsstrom ablesen lassen. Wie überhaupt etwa 90 Prozent der Flüchtlinge auf der Welt kommunistischen Regimen anzulasten sind. In Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Afghanistan hat die UdSSR mit einer Invasion auf Einladung sehr kleiner Minderheiten nicht nur interveniert, sondern sich als Besatzungsmacht etabliert.

9.

Es geht nicht um ein Entweder-Oder. Wenn die besseren sozialen Zustände einen grösseren Schutz vor kommunistischen Umtrieben gewähren würden, dürfte es in der Schweiz keine links- oder rechtsextremen Bewegungen mehr geben. Man wäre sogar versucht, von einer Gegenläufigkeit zu sprechen, indem die Anfälligkeit auf extremistische Bewegungen mit der sozialen Sicherheit zu wachsen scheint, gemäss der alten Einsicht: es ist nichts so schwer zu ertragen wie eine Reihe von guten Tagen. Aber das sind vordergründige Betrachtungsweisen. Moskau bedroht uns nicht mit seiner Ideologie, sondern mit seiner diktatorischen Macht. Und auf dieser Ebene spielen die sozialen Bedingungen eine eher untergeordnete Rolle im Vergleich zur Bedrohungslage. Wenn wir das Rüstungsgleichgewicht nicht wiederherstellen, dafür noch mehr soziale Sicherheit gewähren, werden wir vermutlich wie eine reife Frucht gepflückt werden können.

10.

Nein, es besteht durchaus kein Widerspruch zwischen beiden Aussagen. Die UdSSR wird auch bei ihrer militärischen Überlegenheit keinen militärischen Krieg auslösen. Sie müsste ihn verlieren, weil im militärischen Krieg – im Gegensatz zum politischen Krieg, den Moskau seit langem und erfolgreich führt – die Motivation der Völker eine grosse Rolle spielt. Und auf die Einsatzbereitschaft ihrer eigenen Völker kann sich die Sowjetunion kaum, auf jene der Satelliten sicher nicht verlassen. Die Sowjetunion will die militärische Überlegenheit gar nicht absichern, um einen militärischen Krieg führen zu können, sondern um sie als Droh- und Erpressungsinstrument im Rahmen des politischen Krieges zu verwenden.

Zum Abschluss darf ich mir noch eine Anmerkung erlauben. Ihre Fragen zeigen mir, dass Sie zwar den Krieg als Alternative des Friedens erkennen, jedoch die zwei Formen des Krieges, die klassische militärische und die neuartige politische, verkennen. In verschiedenen Korrespondenzen habe ich zu dieser Frage Stellung genommen. Sie wurden kürzlich unter dem Titel «Kontroversen» von Erwin Heimann herausgegeben. Darauf wie übrigens auch auf die kleine Schrift «Aussenpolitik im Wandel» darf ich Sie verweisen.

Peter Sager

Briefe

Mig-Patrouillen über Finnland

Während die Sowjetführer die Unantastbarkeit ihres «heiligen» Territoriums proklamieren, verletzen sie selbst das Territorium ihrer Nachbarn: regelmässig, bewusst und systematisch. Und zwar nicht mit Passagierflugzeugen, sondern mit Kriegsflugzeugen. Zu diesem Thema bringen wir eine Zuschrift aus Helsinki.

Es ist Sommer, Sonntagmorgen früh kurz vor 5 Uhr. Wir sind draussen auf einer Insel, etwa 50 km süd-südwestlich von Turku, aber immer noch mindestens 50 km nördlich der südlichsten finnischen Inseln und also noch lange nicht an der Grenze des Hoheitsgebietes, und schauen in den wolkenlosen Himmel. Schon haben drei superschnelle sowjetische Kriegsflugzeuge, Mig-21 oder Mig-25, ihre weissen Kondensstreifen in das Blau gezeichnet. Wie gestern, wie vorgestern, wie jeden Tag. Nur sieht man es nicht immer so deutlich.

Von finnischen Militärpiloten gesteuert? Bestimmt nicht. Die Maschinen kommen vom Osten her. Aus der Sowjetunion.

Ein Bekannter, der vom Verteidigungsministerium auf Suomenlinna angestellt ist, hat uns berichtet, dass täglich Meldungen einlaufen über die Verletzungen des finnischen Luftraums durch

Mig-Flugzeuge «unbekannter Nationalität». Die Rapporte darüber füllen im Archiv schon ein Regal von sechs Metern Länge. Die Nationalität muss immer «unbekannt» sein. Denn wenn sie bekannt wäre, müsste man ja beim Grenzverletzer protestieren. Und das darf nicht sein; dafür kennt man den grossen Unbekannten zu gut.

*

Lassen sich die Finnen das andauernde Überfliegen ihres Landes durch fremde Militärflugzeuge ohne ein Wort des Widerspruchs gefallen? Die Probe aus Exempel ist in der Öffentlichkeit einmal gemacht worden.

Vor Jahren hatte ein redaktioneller Leitartikel der illustrierten Wochenzeitschrift «Suomen Kuvalehti» das Thema der Luftraumverletzungen behandelt und gefordert, dass ein Parlamentsabgeordneter endlich Mut fasse und dafür Sorge, dass dieser Unfug abgestellt werde.

Daraufhin geschah auch tatsächlich etwas. Der Chefredaktor jener Zeitschrift war kurze Zeit später nicht mehr auf seinem Posten.

*

Der Abschuss eines koreanischen Passagierflugzeuges mit 269 Menschen an Bord ist noch nicht vergessen. Auch nicht die Aussage von Aussenminister Andrej Gromyko, dass der Abschussbefehl zu recht gegeben worden sei, und dass jedes unbefugte Überfliegen des sowjetischen Luftraums in Zukunft genauso geahndet werde.

Am 10. September hat der 18köpfige Pilotenrat der Finnair, der staatlichen finnischen Luftverkehrsgesellschaft, einstimmig beschlossen, sich dem Boykott der westlichen Demokratien anzuschliessen und zwei Wochen lang nicht nach Moskau zu fliegen. Dass der Beschluss immerhin Mut brauchte, zeigte schon am nächsten Tag der lebhaftige Protest des Finnair-Direktors. Aber die Piloten liessen sich nicht einschüchtern und setzten ihren Boykott-Beschluss ab 12. September in die Tat um. Für einmal hatte die «Finnlandisierung» nicht funktioniert. *PBV*

Unsere Meinung

Neurosen der Sowjetführer?

Der schwedische Generalstabschef hat bestätigt, dass «fremde» U-Boote weiterhin in den schwedischen Territorialgewässern operieren. Weil «fremd» hier für sowjetisch steht, stellt sich die Frage, mit welchen Ellen man Territorialverletzungen messen soll.

Ist die Sowjetführung krankhaft überempfindlich, wenn es um die Unantastbarkeit ihres Territoriums geht? Diese Frage ist ein sporadisches Thema in der westlichen Öffentlichkeit, aber nach dem Jumbo-Abschuss ist sie regelrecht traktandiert worden. Ich meine: völlig zu Unrecht.

Ich finde es nicht zum erstenmal eine komische Übung. Nach jedem sowjetischen «Fehlverhalten» machen sich einige besorgte Diagnostiker bei uns daran, den Verursacher als einen Patienten zu verstehen und seine mentalen Gebrechen psychoanalytisch auszuleuchten. Einen «Patienten», der ein paar tausendmal robuster ist als sie selbst, der sie nicht im geringsten konsultiert und sich von ihnen schon gar nicht behandeln lässt.

«Die Katze entwickelt ein böses Verhalten uns gegenüber», sagte zur Maus der Mäuserich; «wir sollten herausfinden, was für einen Komplex sie hat.»